

Öffentlichlicher Anzeiger

für Teudera

und Umgebung.



Verlagspreis: Die häufigste Ausgabe kostet 15 Pf.

Abnahme in der Geschäftsstelle dieses Blattes, Leipzigerstr. 10 bis spätestens vormittags 10 Uhr. Größere und kompliziertere Anzeigen müssen am vorhergehenden Tag in unsere Hände sein.

Werbung: wöchentlich 3 mal, und zwar Montag, Mittwoch und Freitag abends 7 Uhr für den folgenden Tag.

Verlagsführer: Hermann: durch unsere Geschäftsstelle 1,00 RM. von anderen Orten aus durch 1,75 RM. und durch den Briefträger 1,74 RM.

Verlagsführer: Hermann: durch unsere Geschäftsstelle 1,00 RM. von anderen Orten aus durch 1,75 RM. und durch den Briefträger 1,74 RM.

Amliches Verkündungsblatt für die Stadt Teudera.

Nr. 21.

Dienstag, den 18. Februar 1919.

58. Jahrgang.

Sindnung an die Osmarkämpfer.

Nachdem der Grenzschutz Ost der Obersten Heeresleitung übertragen ist, habe ich mit dem heutigen Tage mein Hauptquartier nach dem Osten verlegt. Als ich im August 1914 zum Oberstleutnant der 3. Armee ernannt, im Osten einzutreten, fanden mich schwere Aufgaben bevor. Daß der Kretschschelich von Ostern und Truppen gelang es bei Tannenberg und den Masurischen Seen, unsere Osmarkämpfer vor feindlichem Einfall zu bewahren.

Wenn ich heute nochmals nach dem Osten zurückkehre, um dort in Vertretung der Obersten Heeresleitung das Kommando zu führen, so erfüllt mich schwerer Sorge um die Zukunft unseres Vaterlandes. Nicht weil wir von der Hebramacht unserer Feinde und der Hungerblende erleidet am Frieden bitten müßten, sondern weil ich unser Volk in sich gerietet und erschüttert im Wollen sehe.

Wies liegen ebenfalls und haben mit der Fremde am Vaterland auch jeden Verstoß des Ostens. Was ich soll und dieser Zustand führen. Wir müssen hindurch. Entschlossen an die Arbeit zum Westen des Vaterlandes! Dazu gehört in erster Linie, daß wir uns sind in der Liebe zur Heimat und den alten deutschen Werten schirmen vor dem neuen Feinde, dem Bolschewismus, der die Kulturwelt bedroht.

Ihr treuwilligen und jungen Kameraden, die ihr zum Schutze der Heimat der Osten einzuweisen entschlossen seid, denkt an die Gefahren vom Jahre 1914! Und ihr, meine alten Kameraden und Mitkämpfer von Tannenberg und den Masurischen Seen, eilt herbei, um mir zu helfen! Mein Appell an Deutschlands Ehre darf nicht ungehört verhallen. Welchen Stammes ihr seid, ob Bayern, Sachsen, Schwaben oder Preußen, welcher Partei ihr angehört, wie sind alle Deutsche! Bergt, was uns trennen könnte, findet euch wieder zusammen in Liebe zur Heimat, in Selbst- und Disziplin und Vertrauen zu euren Führern. v. Hindenburg.

Die Gefährdung des Völkerverbundes.

Das Schmeier-Diplomatenkreuzen wird mitgeteilt, daß der endgültige Entwurf des Völkerverbundes folgende grundsätzliche Bestimmungen enthält:

1. Die technische und politische Leitung des Völkerverbundes wird einem aus sieben Mitgliedern bestehenden Vorgesandtschaft übertragen. Die fünf alliierten Vorgesandtschaften entsenden je einen Vertreter in diesen Vorgesandtschaft, während die beiden übrigen Mitglieder von den kleinen Nationen gestellt werden.
2. Die laufenden Geschäfte des Völkerverbundes erledigt das neu zu bildende Sekretariat, dessen leitende Köpfe mit dem Vorgesandtschaft vorgeschlagenen geeigneten Persönlichkeiten besetzt werden.
3. Die von den einzelnen Nationen in den Vorgesandtschaft, das Sekretariat und das Parlamentarischen Vertrauensleute genießen alle Rechte und Befugnisse der Diplomaten.
4. Als Mitglieder können bis auf weiteres nur die Staaten in den Völkerverbund eintreten, die aktiv oder passiv am Kampf gegen Deutschland teilgenommen haben. Die Aufnahme der übrigen Mächte ist jedoch möglich, wenn ihr Eintritt von der Vorgesandtschaft des Völkerverbundes mit zwei Drittel Stimmen Mehrheit genehmigt wird. Als Voraussetzung gilt, daß die Antragsteller sich allen Bestimmungen des Völkerverbundes unterwerfen.
5. Streitigkeiten zwischen zwei oder mehreren Staaten, die nicht durch gegenseitige Verständigung beseitigt werden können, dürfen nicht durch Waffengewalt ausgetragen, sondern müssen dem Vorgesandtschaft zur Entscheidung vorgelegt werden.

Verlängerung des Waffenstillstandes.

Erzberger sagt an.

Weichensminister Erzberger nahm in der ersten Sitzung der Verhandlungen in Trier über die Verlängerung des Waffenstillstandes das Wort zu folgenden Ausführungen:

Unser Volk hat den Eindruck, daß die Verlängerung des Waffenstillstandes nur den Zweck haben, uns neue schwere Bedingungen aufzuerlegen und dem Frieden vorzugreifen. So wird der Waffenstillstand eine Quelle des Misstrauens, des Völkerverbundes, ja der Verzweiflung. Damit aber eben die Alliierten dem Völkerverbund den Weg — das deutsche Volk dagegen demütigt, ihn abzuschneiden. Zurzeit tagt die Nationalversammlung. Deutschland besitzt eine demokratisch-parlamentarische Regierung. Sie vertritt und garantiert den Willen des Volkes, unverzüglich einen beschleunigten Friedenszustand herbeizuführen.

Das deutsche Volk hat Ihnen für den Waffenstillstand

übergeben. Deutsche Kriegsgefangene in Westeuropa weit über eine halbe Million Mann haben Sie in die Hände. Der Wert der ausgelassenen Kriegsgeschäfte liegt auf mehr als 1 1/2 Milliarden Mark. Allein die wirtschaftlichen Staatsfeindinnen haben für 2/3 Milliarden Mark Eisenbahnmaterial abgeben. Am 11. Februar waren abgeliefert: 4187 Lokomotiven und 136 398 Wagen.

Die Demobilisierung des Heeres ist durchgeführt. Die Gesamtstärke der vorhandenen Verbände ist so gering, daß ein Widerstand dieser Macht schon wegen ihrer Kleinheit ausgeschlossen ist. Es sind unter Marschallung der Aufstellung begriffenen Freiwilligenverbände von 200 000 Mann.

d. h. ein Viertel des alten deutschen Friedenseheeres. An Werten und Dokumenten sind nach Artikel 19 bereits übergeben worden 778 348 237,12 Mark und 4 171 165 Franken.

Um so mehr bedauere ich, erneut vor aller Welt feststellen zu müssen, daß es Behalten der alliierten Regierungen dem Geist der Friedenspolitik noch immer widerstrebt.

Unsere eigenen Gefangenen schmachten immer noch in der Gewalt der Alliierten. Sie haben das Lebergewicht der Macht dazu benutzt, uns zu zwingen, Ihre Gefangenen herauszugeben, während Sie die unsrigen behalten. Dann werden Sie endlich die Stimme der Menschlichkeit sprechen lassen!

Herr Marschall! An Sie richte ich diese Bitte besonders eindringlich; denn auf Ihr Wort wird man hören, soweit die alliierten Regierungen militärische Bedenken vorbringen. Selbst die Anträge auf eine Beauftragung des Ostens der deutschen Kriegs- und Kriegsgefangenen werden abgelehnt. Was soll die gefällige Welt dazu sagen, daß den Gefangenen nicht einmal der Besuch von deutschen Besitzlichen, Bergen und Schwefeln gestattet wird?

Weichensminister Erzberger erhob sodann Anklage gegen die Unterdrückung alles deutschen Lebens in Ost- und Ostpreußen und gegen die Ermattung der politischen Erhebungsbewegung durch die Entente und erinnerte sodann Amerika daran, daß Deutschland in den Jahren 1892-95 den Vereinigten Staaten in ihrer großen Lebensmittelnot beistand, ihnen nicht allein Gold, sondern auch Kleidung, Schuhe, Wollwaren lieferte und die wirtschaftliche Erholung ermöglichte. Heute nach fünfzig Jahren ist es umgekehrt. Aber auch hier braucht es endlich Taten, nicht Worten. Die Gefangenen sind immer wieder hinausgezogen. Wir leiden Hunger.

Erzberger machte die Entente an ihre große politische Verantwortung und schloß:

Wieder ist der Ruf des deutschen Volkes nach Abschluß des Friedens ohne Ende geschallen. Der Jahre und länger hat die Welt unter einer ungeheuren Belastung der seelischen und materiellen Tragkraft der Wölfer gelebt. Sie wollen Ruhe und Arbeit. Warum wollen Sie die völlige Auszehrung des deutschen Volkes, das eben jetzt mit seiner neuen Tagesform in die Wölfe der Demokratie eingetreten ist? Verlassen Sie Ihre Politik der wirtschaftlichen Auszehrung der Macht! Seien Sie sich bewußt, daß im Osten leben auch im Leben der Wölfer die Gewaltspolitik sich bitter rächt.

Die Bedingungen.

Marschall hat über das dem Weichensminister Erzberger folgende Vorschläge zum Inhalt genommen über die Verlängerung des Waffenstillstandes.

1. Die Deutschen müssen unverzüglich alle Ehrenbewegungen gegen die Polen in dem Gebiet von Polen oder in jedem anderen Gebiet aufgeben.

Zu diesem Zweck wird ihnen untersagt, folgende Stützpunkte durch ihre Truppen überschreiten zu lassen.

Gegen Süden die Linie: die ehemalige Grenze Ost- und Westpreußen gegen Westfalen bis zur Weichsel dann westlich der Weichsel die Linie, die über Koblenz (südlich von Horn), Bregoa, Schubin, Gryn, Wipit, Samofisch, Chobzjewe (Kolmar), Garmian, Miala und Wrenbaum läuft. Gegen Osten die Linie: Ostpreußen, Wollstein, Priment, Miala, Wrenbaum, Wollstein, Trahenberg, Wrenbaum, Groß-Wirtze und Droschlaw; von Droschlaw an die Linie, die über Kolban, Dombrowa und Kuyb läuft und die über die Zusammenflüsse der Malapane erreicht und von diesem Zusammenflusse an die grüne Linie auf beigefärbter Karte.

Auf Grund einer Aussprache, die im Auftrage des Weichensministers Erzberger und des Marschalls von Generalmajor v. Hammerlein und Generalstabsoberst Weigand stattfand, erhielt der Artikel 1 folgende endgültige Fassung:

Die Demarkationslinie verläuft folgendermaßen nach der Lagekarte der Obersten Heeresleitung vom 6. Februar:

Von der russischen Grenze bei Lufsenfeld auf einer Linie, die über westlich Lufsenfeld, westlich Kroyendorf, südlich Bregoa, nördlich Schubin, nördlich Gryn, südlich Samofisch, südlich Chobzjewe (Kolmar),

nördlich Garmian, westlich Miala, westlich Wrenbaum, westlich Wollstein, westlich Ostpreußen, nördlich Miala, und nördlich Wrenbaum (Eichendorff) bis zur südlichen Grenze. Also bleibt Ost- (nördlich) Ostpreußen bis heute in unserer Hand. Die Demarkationslinie im nördlichen Gebiet wird in den Waffenstillstandsbedingungen nicht vereinbart. Diese Frage bleibt offen, da tatsächlich festgestellt ist, daß es sich hier nur um eine provisorische Abmachung handelt, welche dem Friedensvertrag in keiner Weise vorgreift. Der Entwurf ist in diesem Gebiet nicht von einer internationalen Kommission in Warschau genehmigt.

2. Der durch die Abkommen vom 13. Dezember 1918 und vom 16. Januar 1919 bis 17. Februar 1919 verlängerte Waffenstillstand vom 11. November 1918 wird neuerdings für eine unbefristete Zeitdauer verlängert, wobei die alliierten und assoziierten Mächte sich dem Zweck vorbehaltlos, mit einer Frist von drei Tagen zu fügen.

3. Die Ausführungen der Bedingungen des Abkommens vom 11. November 1918 und der Zusatzabkommen vom 13. Dezember 1918 und 16. Januar 1919, soweit dieselben derzeit noch unvollständig veröffentlicht sind, sind fortgesetzt und in der Zeit der Verlängerung des Waffenstillstandes zu den von der internationalen permanenten Waffenstillstandskommission nach den Bedingungen des Oberkommandos der Alliierten festgelegten Einzelbestimmungen zum Abschluß geführt werden.

Nationalversammlung.

Graf Brockdorff über den Frieden.

Am Freitag fand zunächst die Wahl des Sekretärs für den neuen Beratung in die Regierung zurückgetreten Dr. Paul Hant. Hant, selbstgeordneter Redner wurde mit 206 von 234 abgegebenen Stimmen gewählt. Hant erklärte, er nehme die Wahl an und werde bestrebt sein, mit freiergeleiteter Verantwortung seinen Anteil zu leisten, aber auch Ordnung und Würde zu wahren. Dem Präsidenten wurde Eduard (Hirschfeld) mit 270 von 321 abgegebenen Stimmen gewählt.

Die Wahl der Minister des Auswärtigen Graf Brockdorff, Konstantin von Neurath, sowie der Reichsminister des Inneren und der Justiz, Hant, wurden ebenfalls gewählt. Die Verhandlungen, nach denen im Außenministerium im Rahmen allgemeiner Regierungspolitik zu führen werden. Ich kann die Aufgabe der deutschen Regierung und Herstellung normaler Beziehungen zu Bolschewisten, Deutschlands vollständige Entlassung, daß die Freude nicht wieder gestimmt. Neuerdings werden die im Waffenstillstand Fragen zu regeln, die unzureichend auf den Gegenständen des Friedenswillens geblieben. Ich habe die Beschlüsse zurückgenommen und werde mich künftig nur Deutschland hat die Folgen seiner Verträge auf sich genommen und ist entschlossen, die gegebenen vereinbarten Bedingungen zu halten. Diese bedeuten die völlige Abkehr von den politischen Zielen des früheren Deutschland, zur Bekämpfung unserer Souveränität, zur hindern die Unterwerfung unter Differenzen mit anderen Staaten unter die abtätigste Selbstbestimmung und Recht auf Abklärung.

Wir sind zur Erfüllung bereit, wenn die bisherigen Gegner und künftigen Nachbarn sich den gleichen Bedingungen unterwerfen. Wie erkennen an, daß die Stellung, die Deutschland bei der ganzen Friedenskonferenz in diesen beiden grundsätzlichen Fragen einnehmen muß, historische Schuld in sich schließt, wofür unser ganzes Volk jetzt büßen muß. Dieses Verlangen schließt aber keineswegs das Zugeständnis ein, daß Deutschland im Sinne der künftigen Beziehungen allein den Beschlüssen zustimmen. Wir haben deshalb sehr an den Alliierten Verhandlungen, daß dem Sieger keine Kriegsgewinne zu werden, keine Gebiete abzutreten sind. Wenn wir in den von uns besetzt gemessenen Gebieten Fortschritt wieder aufbauen, so wollen wir dies durch unsere freie Arbeit tun, verwehren uns aber dagegen, daß man unsere Kriegsgewinne solche Arbeit als Schanden verurteilt läßt. Auf die Forderung, daß unsere Gegner den Sieg zu übermäßigem großen Zeit mit militärischer sondern wirtschaftlicher Kriegsführung, denken, sagt, daß der Friede nicht nur ein politischer, sondern auch ein wirtschaftlicher sein muß, eine auch auf zeitweilige Differenzierung Deutschlands in Handel und Verkehr mehr für uns unannehmlich. Allerdings müssen wir auch in der Handelspolitik umlernen, das gemäß Zusammenhang mit der zum Zeit einseitig bürokratischer Befragung des auswärtigen Dienstes. Ich beabsichtige deshalb mehr als bisher erwarnter Praktiker im auswärtigen Dienst einzustellen. Die Voraussetzung für die Handelsfreiheit ist die Freiheit der Meere, die deshalb für Deutschland eines der wichtigsten Punkte von Wilsons Programm ist. Sollte man Deutschland zwingen ohne Handelsflotte in den Völkerverbund einzutreten, so bedeutet das die gewalttätige Umkehrung unserer Wirtschaftspolitik und ihre Bedrohung des allgemeinen Friedens. Genommen kann Deutschland eine Kolonie in den Völkerverbund eintreten. Wie können dem Gedanken einer internationalen Kontrolle der Tropenkolonien unter der Voraussetzung zu, daß sich alle Kolonialmächte ihr unterwerfen und Deutschland an der Verwaltung und den Ergebnissen der Kolonien angemessenen Anteil erhält.

Im zweiten Teil seiner Rede schloß er unter anderem aus:

Der französische Plan, das deutsche Eisen abzurufen, bedeutet eine indirekte Besetzung Deutschlands, die genau so klar beurteilt werden muß, wie frühere Vorfälle deutscher Chauvinisten auf das Beden von Donau und Briel. (Sehr richtig) Sie wissen, welche Bedeutung von Frankreich und Belgien der mit verdächtigem Eifer in reinigend und wirtschaftlichen Gärten verbreitet werden: Erziehung eines selbständigen Republik, die hoch unter französischer Führung geraten würde, nachdem die französischen und belgischen Grenzen in deutsches Land vorgezogen worden wären. Davor möchte ich im Interesse der

deutschen Außenpolitik aufs nachdrücklichste warnen. (Weißfall.)

Diese Warnung darf ich auch auf gewisse Kreise im Süden unseres Vaterlandes richten, die denen der Ruf

„Was von Berlin?“

bis zu einem neuen Grade noch verständlicher, aber darum nicht weniger besorgsameres Echo findet. (Sehr richtig) Schon jetzt darf die deutsche Nationalversammlung und darf ich als Leiter deutscher auswärtiger Politik Beachtung entgegen gegen die Unbill, die Deutsch-Oesterreich von ehemaligen Reichsgenossen angedauert. Wir haben uns bereit erklärt, alle ungeschäftigt von unschuldig bedruckten Gebiete unter dem Vorzeichen der deutschen Staaten verbinden zu lassen. Wir wollen das Versprechen halten, welche Gebiete unter den 13. Punkt Wilsons fallen, ist fertig. Eine unparteiische Prüfung mag darüber entscheiden; bis sie entschieden, gebören diese Gebiete zum Reich. (Zusammenhang.)

Das politische Problem kann durch vertragmäßige Regelung der Reichsfinanzfrage und durch Konzessionen auf dem Gebiete der Eisenbahnen und des Eisenwesens gelöst werden, ohne daß die Reichshoheit über unerschütterliches westpreussisches Gebiet angegriffen zu werden braucht.

Was den künftigen Reichstag betrifft, ist den deutschen Dänen billig. Die deutsche Regierung sagt es als eine Pflicht an, das Selbstbestimmungsrecht den Dänen zu gewähren, das sie für die Deutschen verlangt.

Die kommenden Friedensverhandlungen werden einen Gegenstand enthalten, der für sie charakteristisch ist. In allen Völkern, die am Krieg beteiligt waren, verlangen Millionen Herzen energische Aufmerksamkeit für eine

internationale Regelung der sozialen Frage.

Die Frage der sozialen Vereinerung der Arbeiterklasse muß international entschieden werden.

Den kommenden Frieden erwarten wir, daß er der Welt in dem von Wilson verfaßten Dekret eine feste Degeneration schafft, die allen eine solche Zusammenarbeit ermöglicht. Deutschland ist entschlossen, an der Ausgestaltung dieses Bundes teilhaftig mitzuarbeiten. Ein Beweis hierfür wird zu uns in unserer entschlossenen Abkehr von jeder Weltanschauung liegen.

Die russische Sozialistische Partei hat der Entente erklärt, daß sie für den Kampf um die Grundidee einfließen zu wollen, daß sie die bolschewistische Propaganda bei anderen Völkern einstellt, dafür aber die bolschewistische Propaganda ohne fremde Genehmigung regelt. Was Deutschland anlangt, sehe ich kein Bedenken, auf dieser Grundidee eine Verständigung mit Russland anzustreben.

Die Regierung, in deren Namen ich auswärtige Politik treiben soll, steht unter der Führung der deutschen Arbeiterklasse. Aber es ist eine Regierung bereinigt sozialer und bürgerlicher Demokratie. Ich hoffe, Ihnen zu beweisen, daß man

nützlich ist und überzeugter Demokrat sein kann.

Wir haben nach innen und nach außen manches gut zu machen, besonders gegenüber Belgien, und daher haben wir keinen Anlaß, hochfahrende Worte zu äußern. Aber wir haben auch unerschöpfliche wertvolle innere und äußere Mittel zu verzeichnen, und deshalb die Verpflichtung, unsere Eigenart und Selbstständigkeit auch dem Sieger gegenüber zu behaupten. (Sehr Zustimmung.)

Wir sind besorgt, aber nicht entsetzt.

Zu einem Teil ist das deutsche Volk's Würde in meine Hand gegeben, ich gelobe, daß ich sie bewahren will. (Sehr großer Beifall und Handklatschen.)

Abg. Keil (SoD): Noch immer stimmen große Kreise in Deutschland über die Novemberrevolution ihre Veremalen an, bezüglich der allgemeinen Ereignisse dieses weltgeschichtlichen Ereignisses die Augen. Die Sozialdemokratie, die jetzt mit anderen Parteien gemeinsam zu arbeiten, die sich aufrechtig auf den Boden der demokratischen Republik stellen. Wir lehnen aber mit Entrüstung die Kampfmethode ab, die in den letzten Wochen zu blutigen Krawallen geführt haben.

Die sozialistische Weltanschauung kann nicht mit einem Schlag in eine kapitalistische umgewandelt werden. Die „Anhänglichen“ tragen die Schuld daran, daß wir keine rein sozialistische Mehrheit erzielt haben. Wir sind stets gute Internationalisten gewesen, das hindert uns aber nicht, auch gute Deutsche zu sein. Wir haben die Freiheit im Innern erzwungen und lassen uns von Fremden nicht knebeln. (Beifall.)

Abg. Dr. Graf v. Hofdorsky-Wegener (Deutschnat. Volksp): Es kann nur die Aufgabe aller Parteien des Hauses sein, das bedrohte Vaterland aus dieser Not zu erretten, und dazu gehört ein großes Maß von Opfermut und politischer Selbstverleugnung. Wenn wir den Krieg verloren haben, so sind wir nicht mittellos beiseite geworfen, sondern technisch, finanziell und menschlich, sondern wenigstens durch die Erschließung unseres Volkes.

Wenn jetzt die Lebensmittelbehörde nur noch für kurze Zeit reichen, so ist die Revolution zum großen Teil daran Schuld. (Starker Widerspruch links) Auch die Zustände in der Zukunft werden erst durch die revolutionären Vorgänge möglich, die uns die Notwendigkeit verschaffen haben. (Sehr richtig rechts.) Die

zufälligen Besondereigenschaften haben unser Volkstum erhöht. Die Vervollständigung darf nicht um politische Theorie willen vorgenommen werden. Wenn man das Kapital wegnehmen, dann ist die Wiederehlernde der Produktion unmöglich. Wir haben keine, überzeuge Diener unserer Verfassungskörper, gegeben.

Was den Inhalt der Verhältnisse werden wir uns nicht der parlamentarischen Pflicht entziehen, frei an dem Wiederaufbau des Reiches auch unter der neuen Regierung mitarbeiten. Eine Nebenregierung der Mitte ist unmöglich. Auch über die

Einflussnahme der Verhältnisse muß Klarheit geschaffen werden. (Sehr richtig) Wir treten ein für eine fruchtige Erhebungsaktion, für eine Förderung des Mittelstandes und der Beamtenschaft. Wir protestieren gegen eine Verschlingung der Verhältnisse. (Sehr richtig) Ich nehme zur Ehre der

Waldschlosser Regierung an, daß sie sich der ehrens

legenden Forderung einer Vervollständigung des Reiches niemals fügen wird. (Weißfall rechts) Ich hoffe, daß sich für die Beratung der Reichsverfassung ein gewisses Einverständnis der bürgerlichen Parteien wird erzielen lassen, und daß es unserem Volke gelingt, sich aus der gegenwärtigen schweren Zeit wieder aufzurichten. (Sehr großer Beifall links und rechts.)

Deutschlands finanzielle Belastung.

15. Februar. Reichstagstagung. Schiller sagte aus: Die Vorlage, die als erste der Nationalversammlung zu unterbreiten habe, sieht einen Kredit von 25 Milliarden 800 Millionen vor. Die 800 Millionen sollen zu Bau- und Wohnungszwecken dienen. Im Oktober fand Deutschland bei der Erschöpfung seiner Mittel. Deshalb hat die Bundesrat die angemessenen Kredite über 15 Milliarden dem Reichstage überlassen, um ihm die Revolution und die Vorlage wurde nicht mehr beabsichtigt. Zur Befreiung von Geld hat das Reich an, daß es juristische Besondere ist und als solche wesentlich ist, es überlag einen Kredit der Reichstagen, die denselben honorierte und gab auf Grund davon Banknoten aus.

Es werden bestaß eigentlich nur angefordert nur 10 Milliarden. Die zur Befreiung schon geleisteten Ausgaben bedürfen selbstverständlich der Zustimmung der Nationalversammlung. Die materielle Seite der Frage wurde ich mit vollständiger Offenheit behandeln. Ich werde meine Karten und meine Karten nicht verheimlichen, aber auch werden handeln wie ein ehrlicher und aufsichtiger, rechter Kaufmann, der auch nicht weiter tut, als sagt: Das habe ich und nun fest zu wie ich überleben weiterkommen kann. In werde allerdings auch nicht unterlassen, was ich zu halten mit der Lage bin. Wenn ich so anreibe, sehe ich darin noch einen Mittelweg, den ich anstreben möchte, mit dem gegen uns befehlt, zu streiten. Was unsere Rechte recht ist, muß auch unserm Volke gegenüber billig sein. Zwischen Regierung und Volk muß auch in finanzieller Beziehung Offenheit, Wahrheit und vollständiges Vertrauen herrschen. Ich würde mich mit unerschütterlicher, vielleicht großartiger Offenheit streiten. Ich will damit jedem leidenschaftlichen Optimismus entgegen treten, der leider immer noch viele Schichten unseres Volkes befehlt, die sich offenbar noch nicht klar sind über die Schwerezeiten der Lage. Die Summe aller Anleihefonds, die bis zum 1. April dieses Jahres an den Reichsbank angetreten an Schatzscheine betragen 6 Milliarden, zusammen 146 Milliarden. Diese Kredite wurden fällig gemacht durch Kriegsanleihen von beinahe 93 Milliarden und Buchausgaben von 53 Milliarden. Außerdem sind das ist ein Posten von ganz besonderer Höhe und schwerwiegende Bedeutung, die sich ergibt aus dem Reichswechsel in dem ungeheuren Betrage von 53 Milliarden aus. Damit überlieferten wir die deutschen Kredite um 5 Milliarden. Hinzutreten noch Rechte an unsere Bundesgenossen und Neutralen, im Betrage von 9,5 Milliarden. Wir haben durch die Reichswechselsummen von 161 Milliarden und haben danach den Reichswechsel von 14 Milliarden überschritten. Die Ausgaben stellen eine Mäßigkeit auf Veranlassung die effektivsten Kriegskosten. Die Methode unserer Kriegsführung hätte ich mir nichts nicht für tabellich. Man hätte an einen Krieg gegen die Russen nicht so leicht und so wenig haben den Kopf mehr, zeigt sich mehr und mehr, daß wir den Krieg nicht gewinnen werden. Damals wurden Unsummen verschleudert und dadurch die Reichsverschuldung, die auch moralisch unsichtbar waren. Ich kann das Reich von dem Vorwurf nicht freisprechen, daß durch das mangelhafte Finanzgehaben ihren Entscheidungen keine Geltung wurde.

Als neues Moment kam damals Einberufung Programm dazu das wirtschaftlich betrachtet, ein Bewilligungsprogramm war, und ungetreuen Schaden anrichtete. Die Festsetzung auf ein Enten der Ausgaben nach Kriegsende beabsichtigt ist nicht. Es tragen diese durchaus unübersichtliche Größe auf die die problematische Arbeit in der wachsenden Welt um die höchsten Höhe begann, das mirte natürlich zurück auf die Demobilisierung. Die Demobilisierung ist jetzt größtenteils durchgeführt. Von den acht Millionen Reichs Enten Ende Oktober Monats nur noch 1,5 Millionen sind noch im Reich. Die Demobilisierung aber erforderte weit höhere Kosten als der Reichswechsel betrug. Hier kommen gewaltig gestiegene Ausgaben für Wohnungszwecken, der Wohnungsbaubank, ein Einberufen von 17 Millionen Reichs, der von 17 Millionen Ende September 1918 auf 67 Millionen Februar 1919 für die Kriegskosten, die dem Reichswechsel betrug. Die Ausgaben der Arbeiter- und Soldatenräte. In nächster Zeit sollen wir nun doch mit einer erheblichen Überabrechnung der Ausgaben rechnen zu können. Erworther ist aber unter allen Umständen für die Kriegskosten die gewaltigste Ausdehnung, das ist bei der ungetreuen Höhe der Kriegsausgaben auf eine Million mehr oder weniger nicht ankommt, muß schwinden. Die Gesamtheit der fortlaufenden Ausgaben beträgt nach überschläglicher Schätzung 19 Milliarden Mark gegenüber früher 5 Milliarden, davon, daß die Kriegsausgaben annuliert und die Sparmaßnahmen beibehalten werden sollen, ist keine Rede.

Der Beschluß zur Unterzeichnung.

Weimar, 16. Febr. 6 Uhr Nachmittags. Die Reichsregierung ist in ihren Beratungen die von heute vormittag 1/11 Uhr bis nach 4 Uhr nachmittags getauert und an denen auch die Führer der Parteien auf des Deutschen Reiches und den Reichsbürgern teilgenommen haben, zu dem Entschluß gekommen, die Delegierten in Trier anzukommen, die Waffenstillstandsbedingungen zu unterzeichnen.

Es ist notwendig, das große Publikum ab auf aufmerksam zu machen, daß die Entente namentlich jeden Tag die Möglichkeit hat, das Waffenstillstandsabkommen überlebens mit denütigster Frist ganz übersiegend zu hindern, und das Publikum nicht gut tun, mit dieser Möglichkeit für alle Fälle zu rechnen.

Morgen werden Graf Brockhoff-Kunze und Schide-mann im Plenum der Nationalversammlung eine Erklärung über die Beratung abgeben.

Weimar, 16. Febr. Über die Gründe, die das Kabinett bestimmt haben, die Vor schläge der Entente anzunehmen, verlornt folgendes: Die Nachteile die eine Ablehnung der Vor schläge mit sich gebracht hätte, wären für uns unbedingte größer gewesen als die Nachteile, die durch die Annahme erwachsen. Außerdem hielt man die Öffentlichkeit nicht für genügend vorbereitet, um sie einen Schläge auszuweichen, dessen Folgen für die gesamte Bevölkerung, besonders diejenige Süddeutschlands, unüberschaubar gewesen wären. Parteipolitisch stand die Sache folgendermaßen: Die Sozialdemokraten waren in ihrer überwiegenden Mehrzahl für die Annahme der Ententeforderungen, die übrigen Parteien waren uneinschieden, sahen aber davon ab, ihren Standpunkt energisch zur Geltung zu bringen, da sie glaubten, das die Ablehnung nur bei voller Zustimmung der Parteien wie des gesamten Volkes zweckmäßig gewesen wäre.

Das Waffenstillstandsabkommen unterschrieben.

Trier, 16. Febr. Das Abkommen über die Verlängerung des Waffenstillstandes ist heute abend 6,30 im Salonwagen des Reichshof nach Trier unterzeichnet worden.

Verfassungsentwurf für den Völkerrbund.

Paris, 15. Febr. Gonnas. In dem Entwurf für den Völkerrbund ist eine Delegiertenversammlung und ein ausführender Rat vorgesehen, die von Zeit zu Zeit tagen sollen und außerdem ein ständiges Exekutivorgan. In der Delegiertenversammlung soll jeder Staat nur eine Stimme haben. Im ausführenden Rat sitzen Vertreter der Vereinigten Staaten, des britischen Reiches, Frankreichs, Italiens und

Japan und vier Vertreter der anderen Staaten des Völkerrbundes. Die Zulassung von Staaten, die den gegenwärtigen Vertrag nicht mit unterzeichnet, kann nur mit Zustimmung von mindestens zwei Dritteln der auf der Delegiertenversammlung vertretenen Staaten bewirkt werden. Außerdem dürfen nur Staaten mit Selbstregierung zugelassen werden, die sich verpflichten, die internationalen Bestimmungen und Abmachungen einzuhalten. Die Staaten des Völkerrbundes verpflichten sich, ihre Anstrengungen möglichst einzuschränken und sich gegenseitig über den Stand berichten zu unterrichten. Der ausführende Rat soll die private Herstellung von Kriegesgeräten überdauern, unter Aufsichtnahme der Völkerrbundmitglieder verpflichten sich, für die Sicherheit ihres Gebietes und ihrer politischen Unabhängigkeit gegenseitig einzustehen. Jeder Krieg, der einen der Angehörigen des Völkerrbundes berührt, soll als eine alle angehende Angelegenheit betrachtet werden. Der ausführende Rat soll anzeigen, mit welchen Streitkräften die Mitglieder sich am Schutze der Unterzeichner des Vertrages zu beteiligen haben. Alle Mitglieder des Völkerrbundes gewähren den Truppen anderer Mitglieder freie Durchsicht zum Zwecke der Versteigerung. Bei Streitigkeiten unter den Mitgliedern des Völkerrbundes wird ein Urteilspruch gefällt werden, dem sie Folge zu leisten haben. Reinesfalls dürfen sie sich den Krieg erklären. Bei Streitigkeiten mit Nichtmitgliedern des Völkerrbundes werden diese aufgefordert, sich für die Beilegung des Streitfalles den Pflichten der Bündnismitglieder zu unterwerfen. Wenn die Nichtmitglieder ab, so kann der ausführende Rat Ausschüsse aller unternehmen, um ihren zur Vermeidung von Kriegen geeignet erscheint. Dem Völkerrbund wird die Kontrolle über Waffen und Munition anvertraut. Ueber die Kolonien und die ehemaligen osmanischen Gebiete empfiehlt der Entwurf die Erhaltung gewisser Mächte mit der Verwaltung dieser Gebiete. Für Teile der Türkei sollen diese Gemeinschaften selbst ihre Wünsche bei der Wahl des Mandaturs für die Verwaltung äußern, und diese soll nur eine vorläufige sein. Für die Gebiete Zentralafrikas soll der betreffende Mandatar die Verpflichtung übernehmen, den Elaven, Waffen- und Alkoholhandel zu verhindern und den Eingeborenen feinerer kulturelle Unterweisung zu geben.

Schwerdtfisch, 16. Febr. Wir überlegen polinische Angriff gegen Moskau bezüglich von Reichsangehörigen. Die Politik der Völkerrbündnis von Kassel einen Sieg über das obere Regiment zu schlagen wurde bereitet.

Provinz und Nachbarstaaten.

Zeichern, den 17. Februar.

Die Verkündung von Freiwilligen für Sonderformationen durch Presse und öffentliche Reden haben in letzter Zeit im Ruhrgebiete einen erheblichen Umfang angenommen. Hierzu zu werden vielfach Inanspruchnahmen benutzt, und die notwendige Lebenskraft erschöpfen.

Das Kriegsmobilisationsamt hat namentlich betont, daß alle Verbände durch das Generalkommando im Einverständnis mit dem Soldatenrat zu erfolgen haben. Vorarbeiten für Reorganisationen sind verboten, außer Verbänden für Baltische, Ukraine, Groß-Kavalerie-Schützen-Division, Freikorps Hülse und Wäcker.

Das Generalkommando wird in den nächsten Tagen die neuen Bestimmungen über die Freiwilligen-Verbände bekanntgeben.

(Obr- und Gartenbauverein) In der Versammlung am Freitag begrüßte der Vorsitzende, Lehrer Schlägel, die in dieser ersten Jahresversammlung erschienenen. Der Schriftführer, Lehrer Ege, hielt die wichtigsten Kräfte des Bezirkes mitteilen und forderte zu neuer reger Tätigkeit auf, dann auch in die in kleinen Kreise zur Einberufung der durch den Krieg hervorgerufenen schwierigen Verhältnisse die Möglichkeit gelehrt werden. Ein von Maria Zimmermann vorgetragener Bericht war dem aus Fernstand zurückgekehrten Kriegern gewidmet. Der Vorsitzende gedachte der dem Verein durch den Krieg entfallenen Mitglieder und Angehörigen von Mitgliedern. Rankmann Emil Zimmermann dankte für die veranstaltete schöne Feier namens der Heimgekehrten und sprach seine Anerkennung aus, daß trotz der schweren Lage im Verein so trocker gearbeitet worden sei, gleichzeitig erhofft er, daß der Verein auch weiterhin auf der Höhe stehen möge. Der Vorsitzende betonte über die Vereinstätigkeit in den 4. Kriegsjahren. Ferner fand die Wiederwahl der Vorstandsmitglieder statt. Es wurde weiter beschlossene Schritte zur Anbahnung eines Sammelwertes zu tun. In einem zeitgemäßen Vortrage soll der Obst- und Gartenbauverein teilgenommen werden.

Halle, 14. Febr. Wie die „Halle'sche Ztg.“ berichtet, hat sich herausgestellt, daß von Mitgliedern des Halleischen S. Rates viele taubend Meter Rotes-Hemdenstoff, und zwar Reichsmark, in der Stadt verkauft worden sind. Der Gewinn aus diesem Geschäft soll dazu verwendet worden sein, der Kasse des S. Rates auf die Werte zu setzen und einer Anzahl von Mitgliedern des S. Rates mehr oder minder nennenswerter Teil zu tätigen zu tätigen. Das Mitglied des S. Rates Rosenberg hat über 40 000 Mark unrechtmäßig Geldes an sich gebracht und weitere 30 000 Mark in verschiedene andere Taktiken gewonnen. Bei der Kasse des S. Rates sollen sich 30 000 Mark befinden, deren Herkunft zum großen Teil gleichfalls recht zweifelhaft erscheint. Rosenberg befindet sich seit Sonnabend in Untersuchungshaft. Es wird weiter gemeldet: Der erweiterte Soldatenrat beabsichtigt sich in zwei Sitzungsstunden in sehr lebhafter und ausgebreiteter Debatte mit den Sachvergangen, über die wir gefahren bereits berichtet, die drei Vorstandsmitglieder des Halleischen Soldatenrates durch nachdrücklichen Verkauf von Rüstungsstoffen gewonnen haben und über 80 000 Mark Provision für sich herausgeholt. Das Geld ist bis auf 14 000 Mark des Vorstandsmitglieds Weidte beschlagnahmt worden, obwohl die bereits verkauft gewesenen Stoffe. Im Laufe der Debatte kamen noch verschiedene Enthaltungen früherer Mitglieder des Soldatenrates zur Sprache; weitere sind zu erwarten. Folgende Untersuchung soll einstimmig Annahme: „Die Vorstandsmitglieder Rosenberg, Weidte und Schnabel werden aus

dem Soldatenat ausgesprochen. Der Soldatenrat vertritt auf schriftliche Veranlassung der drei Vorstandsmitglieder und fordert die einstige Verabreichung der Soldaten. Den Mitgliedern des engeren Soldatenrats wurde bis auf ein Mitglied des Vertrauens erneut ausgesprochen.

Planen i. B. 14. Febr. Das furchtbare Brandunglück in der Planener Kautschukfabrik (früheren Glühlampenfabrik) am 19. Juli 1918, bei dem über 800 Frauen und Mädchen ihren Tod fanden, wird noch ein Nachspiel vor Gericht haben. Die Angehörigen der Todesopfer und die an ihrer Gesundheit dauernd Geschädigten wollen gemeinsam die Allgemeine Geschäftstätigkeit Berlin klagbar vorgehen, wenn sie nicht für jedes Todesopfer und die Hinterbliebenen, welche durch Brandwunden entsetzt oder sonst Schäden an ihrer Gesundheit erlitten haben, 2000 M. Entschädigung zahlt und die Kosten der Einzelberichtigungen trägt. Dieser hatte die Geschäftsfahrt nur zugesagt, daß sie für jeden Toten 600 M. und eo. später, wenn nach 60 to zur Verfügung sei, noch etwas mehr zahlen wolle. Eine von den Hinterbliebenen und Geschädigten gewählte Kommission hat festgestellt, daß die M. E. G. als Eigentümerin der Fabrik die Verantwortung für das furchtbare Unglück trifft. Für die Durchführung des Zivilprozesses werden bereits

größere Summen gezeichnet, ein Rechtsanwalt ist mit der Einreichung der Klage beauftragt.

Butkisch, 14. Febr. Der bisherige Verwalter des hiesigen Lebensmittelamtes, Kaufmann Wilhelm Schlösch, der am 19. Januar als Nachfolger im Nachbatal durch die Unvorsichtigkeit eines der Sichtleistwache angehörenden Soldaten einen Schuß ins Bein erlitt, ist im Spitalhaus zu Weimar seinen Verletzungen erlegen.

Cöthen, 14. Febr. Zwei Amazonen wurden in einem auf der Reife nach dem Döten begriffenen Militärtransport ermittelt und auf dem hiesigen Bahnhof ausgehört. Wie die beiden Frauen, die vollständig schwärzschwarz eingeleidet waren, in den Transportzug hineingekommen waren, konnte noch nicht festgestellt werden.

Erfurt, 14. Febr. In Erfurt wurde eine Hausdurchsuchung nach Waffen vorgenommen, wobei weniger als 112 Maschinengewehre neben einer Anzahl von Gewehren, Karabinern und Revolvern gefunden worden sind.

Cuedlinburg, 14. Febr. Fünf Mitglieder einer Militärpatrouille sagten in der Nacht vom Sonntag auf Montag auf der Straße eine Diebstehende mit Werten und Wagen ab, die bei der Firma Hed u. Co. für 50 000 Mark Sämereien gestohlen hatte und die Werte in Sicherheit bringen wollte.

Naumburg, 12. Febr. Ein großer Pferdeschwindel ist hier durch den Arbeiterat angedreht worden. Wie die „Bismarckische Volkzeitung“ berichtet, haben es einige Soldaten der hier einquartiert gemessenen Trainabteilung verstanden auf Kosten des Staates ihre Leichen zu fällen. Diese wuschen sich an hiesige Pferdebesitzer und überredeten sie ihre Pferde gegen die der Trainabteilung gehörigen Pferde umzutauschen und ein Draufgeld zu bezahlen. Leider haben die Soldaten sehr großes Glück gehabt, manche taubend Markt sollen ihnen auf diese Art in die Hände gefallen sein. Bei einer Nachprüfung durch den Arbeiterat, mit Hilfe des Soldatenrates Apolda, wurden über 20 Pferde festgesetzt, die durch minderwertige Pferde umgetauscht wurden. Die betreffenden Tiere wurden vorläufig dem Bestizern belassen, bis eine Klärung von Seiten der Reichsberwertungsstelle für Heeresgut stattgefunden hat. Die schuldigen Soldaten sollen das auf diese Weise erworbene Geld größtenteils mit Karten spielen durchgebracht oder auf Tauschbänken verjubelt haben.

Magdeburg, 14. Febr. Wegen Lohnbifferenzen sind 400 Bau- und Waldarbeiter aus 20 Betrieben in den Ausstand getreten.

Freiwillige vor!

Kameraden! Deutschland ist in schwerer Gefahr! Während wir an dem Ausban unserer inneren Freiheiten arbeiten, ist die Freiheit unserer Landesteile im Osten, aus dem täglich erstickende Hunger an uns gelanden, im Osten bedroht. Noch ein paar Tage ohne energische Abwehr, und wir müssen befürchten, daß weitere Gebiete im Osten dem weltlichen Imperialismus zum Opfer fallen, der unter Führung von Bismarck und Landesfreiden die schwerste Stunde der jungen deutschen Republik mitbringt. Die Regierung und Volk protestieren gegen diese Verände, vor Friedensschluß die Welt vor fertige Lausachen zu stellen. Wir haben die Mission-Punkte als Grundlage für den künftigen Frieden angenommen und werden sie gemeinschaftlich halten.

Kameraden! Proteste allein nützen nichts, sie erregen die Aufmerksamkeit nicht, die uns gespart werden, sie schaffen die Stufen nicht, ohne die unser Widerstand zugrunde gehen muß, sie bringen uns das Ansehen nicht zurück, das uns verloren geht. Sie helfen den Kameraden in den Ostprovinzen zu keinen ungetrübten Atzug. Wehren müssen wir uns. Weidert euch freiwillig zum Grenzschutz; bei jedem Bezirkskommando werden Meldungen entgegengenommen und euch die gütigsten Bedingungen mitgeteilt, unter denen die Anwerbung von Freiwilligen erfolgt. Wir wollen euch in keinen neuen Krieg führen. Ihr sollt das Vordringen von Landesfriedensbrechern aufhalten. Ihr sollt das Ueberrumpeln wechsolter Städte und Dörfer verhindern. Ihr sollt es unmöglich machen, daß Fremde nach Deutschland nur in ein herrenloses Chaos eindringen und sich festsetzen. Ihr sollt als republikanische Wehkmänner die Erwerbseigenschaften der Revolution sicherstellen und die im Innern geschaffenen Neuerrichtungen verteidigen. Noch jede Revolution, die französische wie die russische, hat unter der Fahne ihrer neuen Ideale freiwillige Armeen aus der Erde gestampft. Folgt dem Rufe der deutschen Revolution. Sie kann eure Hilfe ihre Ziele nicht erreichen. Zeigt, daß die Revolution den Militarismus gestöbt hat, aber nicht die freiwillige Schutzbereitschaft ihrer freiwilligen Bürger. Die Republik ruft euch, sie sorgt für euch, aber sie braucht euch auch. **Freiwillige vor!**

Die Reichsregierung.

Gert. Seydewitz, Landsberg, Post. Wissef.
Magdeburg, den 15. Januar 1919.

Generalkommando IV. Armeevorsp.
Abt. Ia Nr. 300

Ausführungsbestimmungen:

1. Freiwillige für die Gebiete des Wehrbereichs Ost — außerhalb der Reichsgrenzen — und Grenzschutz Ost — innerhalb der Reichsgrenzen — können sich bei jedem Garnisonkommando oder Bezirkskommando

melden, die nähere Auskunft erteilen. Unmittelbare schriftliche oder mündliche Meldungen beim Kriegsinstitut, Ost, Generalkommando oder einer anderen Dienststelle sind **unzulässig** und werden nicht berücksichtigt. II. Jeder Freiwillige hat seinen Entlassungsantrag mitzubringen. Soweit er noch feldverwundbar, kann er vom Staat gegen den Abhängigkeitsvertrag abgekauft werden. Ein entsprechender Vermerk in dem Militärpaß ist anzuführen.

III. Bedingungen:
1. In Betracht kommen nur selbständige, moralisch einwandfreie Persönlichkeit, die mit der Waffe ausbedient sind. Sie müssen mindestens 21. Jahr Frontdienst getan haben. Hierunter ist zu verstehen:
a) Infanterie und Artillerie: Verwendung im Bataillon- oder Batterieverbande,
b) Kavallerie: Verwendung im Kav. Schützenregiment oder als Div. Kav.,
c) Pioniere: Verwendung im Kompanieverband,
d) Nachrichten, Eisenbahnen, Fliegertruppen und Kraftfahrer: Verwendung der Informations im Operations- oder Truppengebiet.
e) Trainformationen: Verwendung bei Feld- oder Truppenformationen.
Auch Matrosen, die inwärtlich ausgebildet sind und sonst den Bedingungen entsprechen, können angeworben werden. Jahrgang 99 oder jüngere kommen vorläufig nicht in Frage.
2. Verpflichtung auf einen Monat vom Tage des Einrückens beim Truppenteil mit vierzehntägiger Kündigungsfrist am 1. und 15. ds. Mts. Wird die Kündigung zu dieser Frist von einer der beiden Seiten nicht ausgesprochen, so gilt der Vertrag auf einen Monat verlängert. Die Entlassung eines Freiwilligen kann nur von dem Truppenteil ausgesprochen werden, bei dem er Dienst tut.

3. Unterordnung unter die eingesezten Vorgesetzten, denen Soldaten (Vertrauens-) Hilfe zur Seite stellen. Anerkennung der bisher gültigen Kriegsgesetze. (Änderung derselben ist eingeleitet.)
4. Anerkennung nächstehender Gehaltsstufen für Ost und Grenzschutz Ost, gültig vom 1. 1. 1919 ab:
A) Offiziere und Beamte:
a) mobile Schützenkräfte,
b) soweit sie als Offiziere nach Maßgabe ihrer Kriegsklasse, als Beamte nach Maßgabe ihrer Friedensklasse, auf Wohnungsgeldzulage Klassen 3-6 angewiesen waren, eine Zulage von 3 Mark täglich, zahlbar am Monatsanfang nachträglich.
B) Unteroffiziere und Mannschaften:
a) mobile Lohnzahl nach den Dienstgraden, mindestens 30 M. monatlich.
b) Zulagen: Im Grenzschutz Ost 5 Mark täglich, im Gebiet des Ost und Ost des Reiches 5 Mark täglich und eine monatlich nachträglich zu zahlende Treuprämie. Diese beträgt für den 1. Monat 30 Mark, um jeden weiteren Monat steigend um 5 Mark bis zu 50 Mark.
5. Verpflegung:
a) Im Gebiet des Ost: mobile Verpflegung.
b) Im Grenzschutz Ost: Stärke und Truppen erhalten Feldportionen aus den Feldküchen, Selbstversorgung ist unzulässig. Käse ist sich in Einzelportionen nicht anzugehen, so ist eine Entschädigung von 5 Mark für den Tag zu zahlen. In jedem Falle ist jedoch die Entscheidung des Generalkommandos einzuholen.
6. Unterkunft:
Sowohl im Gebiet des Ost als auch im Grenzschutz Ost ist die Unterkunft der Offiziere und Mannschaften frei.
7. Verlohrung:
a) Die Freiwilligen gelten als vorübergehend zum aktiven Militärdienst herangezogen im Sinne der Militärverordnungsgelebe.
b) Die Ansprüche auf Familienunterstützung laufen weiter und werden neu festgestellt.
c) Die freiwillige Dienstzeit rechnet für Invaliden und Altersversicherung wie Dienst im aktiven Heere.

Von Seiten des Generalkommandos.
Der Chef des Generalstabes,
v. dm Hagen,
Oberstleutnant.

Der Expeditionsführer IV. Armeevorsp.
Bock.

Bekanntmachung.

Fortschreit werden an den Kreisbüchsen Beschäftigten an Männern und an den angebrachten Schutzvorrichtungen verübt. Es ist auch vorgesehen, daß die angebrachten Schutzvorrichtungen von den Sämmern entfernt und entfernt werden sind.

Wer der oder die Täter zur Anzeige bringt, daß die gerichtliche Bestrafung erfolgen kann, erhält eine Belohnung bis zu 200 Mark.

Weißenfels, den 13. Februar 1919.
Der Vorsitzende des Kreisamtschusses,
F. B. F. H. m. e. y Kreisbeauftragter.

Ich bringe hiermit zur Kenntnis der Gemeinde- und Kreisgebiete des Kreises, daß der Provinzialausschuß beschloffen hat, für alle Straßenbauten, die den Grundbesitz der Provinzialverwaltung entsprechen und für die Provinzialbeiträge bewilligt ist oder noch bewilligt wird, für die im Kalenderjahr 1919 zur Ausführung kommenden Wegebauten eine Erhöhung der Provinzialbeiträge mit 50 v. H. eintritt.

Weißenfels, den 13. Februar 1919.
Der Vorsitzende des Kreisamtschusses,
F. B. F. H. m. e. y Kreisbeauftragter.

Bei den im Kreisgebiet Tondern lebenden 12 Pferden des Lehrers Müller ist Minderwertigkeit amtlich festgestellt worden.

Weißenfels, den 15. Februar 1919.
Der Landrat, F. B. F. H. m. e. y Kreisbeauftragter.

Bericht: Ablieferung von Heeresgerät.

Nach der Verordnung vom 14. Dezember 1918, betreffend Ablieferung von Heeresgerät (Reichsgesetzblatt 1918 S. 1425) ist jeder, der sich unbefugt, d. h. ohne Genehmigung des Regierungspräsidenten im Besitze von Waffen befindet, die aus Heeresbeständen stammen, bei Vermeidung hoher Strafen verpflichtet, sie abzuliefern. Die gleichzeitige Abgabe derjenigen oh, der Heeresgerät und Heeresgut aller Art (Werte, Fahrzeuge, Straßfahrzeuge) im Besitz hat, ohne sich über den rechtmäßigen Erwerb dieser Gegenstände, d. h. ohne Ueberrumpeln durch die Reichs- oder mit deren Zustimmung der Landesregierung ausweisen zu können. Als Heeresgerät sind alle Gegenstände anzusehen, bei denen nach den Umständen anzunehmen ist, daß sie aus Beständen der Heeresverwaltung stammen. Für Heereswaffen und Munition ist die Frist zur Ablieferung auf den 18. ds. Mts. für alles übrige Heeresgerät auf den 1. Februar ds. Mts. festgesetzt. Die Ablieferung hat an die zuständigen Disziplinärbehörden, die vom Herrn Regierungspräsidenten als Annahmestelle bestimmt sind, zu erfolgen. Die Disziplinärbehörden haben sich alsbald wegen der weiteren Ablieferung mit dem Garnisonkommando in Weißenfels oder dem Artilleriepark in Naumburg a. S. in Verbindung zu setzen. Die Disziplinärbehörden des Kreises eruche ich, Vorstehendes sofort örtlich bekannt zu machen. Die Disziplinärbehörden bitte ich wegen Ablieferung der gesammelten Gegenstände fraglicher Art alles weitere mit dem hiesigen Garnisonkommando bzw. dem Artilleriepark in Naumburg a. S. zu vereinbaren. In allen Fällen, in denen der Vorbericht vorliegt, daß Heeresgut pflichtwidrig nicht abgeliefert ist, sind nach Ablauf der oben festgesetzten Fristen Durchsuchungen vorzunehmen, zu denen militärische Kommandos zur Verfügung gestellt werden.

Weißenfels, den 16. Januar 1919.
Der Landrat, gen. Vorsteher.

Vorstehende Bekanntmachung bringe ich hiermit wiederholt zur öffentlichen Kenntnis. Gleichzeitig gebe ich bekannt, daß die Frist zur Ablieferung des Heeresgeräts vom Herrn Regierungspräsidenten bis zum Ablauf des 15. Februar ds. Mts. verlängert worden ist.

Weißenfels, den 11. Februar 1919.
Bartels, Landrat.

Stiftsgymnasium.

Die Anmeldung von Schülern für Oberrn kann jederzeit schriftlich oder mündlich oder durch Fernruf (Nr. 348) erfolgen. Sprechstunde täglich von 12^{1/2} bis 1^{1/2} Uhr.

Reich. Schulinsp. Direktor.

Landwirtschaftlicher Verein für Tenschen und Umgegend.

Donnerstag, den 20. Februar, nachmittags 5 Uhr
VERSAMMLUNG
im „Gasthof zum Löwen“
wobei ein Vortrag gehalten wird.
Um zahlreiches Erscheinen bittet

der Vorstand.

Montag, den 17. Februar

erhalten wir eine große Auswahl

prima

schwedischer und belgischer

Pferde

schweren und leichten Schlägen

H. Reifert & Sohn, Freiburg a. N.



Bekanntmachung.

Marineangehörige, die noch nicht ordnungsgemäß entlassen sind und ihr Entlassungsgeld noch nicht empfangen haben, werden ersucht, sich bis zum 28. Februar er. beim Marine-Abwicklungs-Büro Magdeburg im Generalkommando, Zimmer 44, unter Vorlegung ihrer Marine-Papiere zu melden.
 Diejenigen Marineangehörigen, die am 1. 4. und nach dem 1. 4. 1917 eingetreten sind, haben sich sofort zu ihrem Stamma-Marineteil zurückzubehalten. Bei Nichtbefolgung ist Verhaftung zu gewärtigen.
 Es wird nochmals darauf hingewiesen, daß sämtliche Forderungen (A-Klönnungen, Heidegeld etc.) sofort schriftlich an das Abw.-Büro Magdeburg einzureichen sind.
 Von Seiten des Generalkommandos 4. A. R. Marine-Abwicklungs-Büro. Zentral-S. Mat. 4. A. R. Anders.
 Der Chef des Generalstabes. v. dem Hagen, Dikt.-Leutnant.

Ia. Geflügel-Ragout

450 Gramm-Doze 6,75 Mk.

Ia. Geflügel-Sülze

450 Gramm-Doze 7,75 Mk.

Ia. Mockturtle-Ragout

450 Gramm-Doze 7,25 Mk.

empfehlen

Ferdinand Gresse, Teuchern.

„Friedrich Wilhelm“ Lebensversicherungs-Aktiengesellschaft zu Berlin

Süddirektion Halle a. S., Neckstr. 1.

Wir bringen hierdurch zur Kenntnis unserer Versicherten, daß wir unsere

Sinfasso-Agentur

Präulein Luise Appenrodt in Teuchern, Brüderstr. 33 b überbringen haben und bitten unsere Versicherten, sich wegen Zahlung der fälligen Beiträge mit der Besagten in Verbindung zu setzen.

Ferd. Gresse, Teuchern

empfehlen:

Chlorkalkum, 50-53%.

Kalk 22%.

Fleischknochenmehl

Super 10%.

ferner

Dachpappe Dachteer

Karbolinum

Gips, Zement

sowie alle Sorten Nägel in gr. Mengen



Schlachtpferde kauft

zu annehmbaren Preisen

Roschlächtungen werden Tag und Nacht erledigt.

Otto Hinniger, Roschlächtereier

Teuchern, Schützenstr. 4

(Telephon 45) Konsum-Verein.

Oeffentliche

Bergarbeiterversammlung

findet am

Dienstag, den 18. Februar abends 7 Uhr

im Gasthof zum Löwen statt.

Referent: Kamerad Schmidt aus Banne i. Weßf.

Alle Kameraden von Teuchern u. Umgegend laden freundlich ein

Der Vorstand des Hiesigen Bergarbeitervereins.

Zur Deckung der Unkosten werden 15 Pfennig Eintritt erhoben.

Achtung!

Schlachtpferde

Jederzeit Käufer von Schlachtpferden und zahle wie bekannt hohe

Preise.

Roschlächtungen werden Tag und Nacht erledigt.

Richard Bauer, W. Schmers Nachfolger.

Weißhofstr. a. S., Markenstr. 31. Telefon 164.

Postkarten

Briefumschläge

Briefbogen

Rechnungen

Quittungen

empfehlen

Otto Lieferenz

Teuchern.

Stotterer

erhalten gratis meine Broschüre über die Ursache des Stotterens und die Beseitigung desselben ohne Berufsänderung (D. R. P.). Die Zusendung erfolgt sofort in Antwort ohne jedes Verlangen. Kostenlos.
 Dr. Steinmetz,
 Gegenburg (Schm. Lippe).

Siehe gestern Sonntag im Gasthof

Handtasche mit Schlüssel verloren.

Wer ehrliche Finder wird gebeten

beten, gegen gute Belohnung in der

Gegend, ds. St. abzugeben.



Vereinigter
Turnverein
E. V. D. T.

Monatsversammlung

Dienstag, den 18. Febr. 1919

abends 7 1/2 Uhr

im Norddeutschen Hof

Tagungsordnung:

1) Besprechung über Höhe der Mitgliederbeiträge;

2) Wahl der Kassenprüfer und des Ehrenrats;

3) Wiedereröffnung des Turnbetriebes;

4) Turnveranstaltungsplan;

5) Geschäftsliches.

Die Herren, die sich als Mitglieder gemeldet haben oder noch melden wollen, werden gebeten zur Versammlung zu erscheinen.

Zahlreiches Erscheinen erbiten.

Der Turnrat.

M. - V. „Thalia“

Dienstag, den 15. Februar 1919

abends 7 1/2 Uhr

Hauptversammlung

1. Vorstandswahl.

2. Rechnungselegung.

3. Beschlußfassungen.

Beschlußfähige Mitglieder der aktiven Mitglieder ist abgibt.

Der Vorstand

Otto Berthold's Restaurant

Sonntag, den 23. Februar

Großbr.

Preis-Skat.

Es werden Nähere wird noch bekannt gegeben.

Oberwerschen.

Sonntag, den 23. Februar

von nachmittags 3 Uhr an großer

Preis-Skat

Gespielt wird um die 1/2 Pf. mit Zahlenreihen.

Es leben freundlich ein

Das Comité. H. Bohne.

Preiskalisten

zu haben bei

Otto Lieferenz.

2 Stück gebrauchte

Nähmaschinen

zu verkaufen Karl Holbe.

Osterjungen

sucht

Milly Schirmer, Soffrau.

Ein fleißiges, vor allen Dingen

eheliches

Mädchen

für 1. März od. später gesucht

Otto Thierich,

Nürnberg a. S.

Mt. Großh. 1.

Colonialwarengeschäft

Statt Karten.

Frieda Papsch

Paul Gröbe

grüßen als Verlobte.

Teuchern, Februar 1919.

Lichtspiele „Weisse Wand“

Teuchern.

Dienstag und Mittwoch den 18. und 19. Februar

Sensation für Teuchern: Der Weltanschauer

Drohende Wolken am Firmament

Hauptrolle: Fern Andra

Um allseitigen Wünschen zu entsprechen, habe ich alles getan, um den Film jetzt für Teuchern zu bekommen. Wäre ihn aber für zwei Tage nehmen, da besagte Werke nicht nur für einen Tag verbleiben werden. Die Zeitung des Tages rechnet aber auch an beiden Tagen auf ausgetauschte Häuser, damit die hohen Speien Bedung finden.

Unvergesslich wird dieser Film allen bleiben

Inhalt: Glücklichstes Familienleben — Der falsche Freund — Lodung — Um den Seiten zu reiten, wird das Feuerschiff gewagt — In solchem Verdacht — Reichsjüngling Welt — Verbrechen — Familienglück gerettet — Kind sterbenskrank — Dem Vater als Arzt wird die Behandlung verweigert — Kränklichkeit und Liebe — Woher glücklich vereint — Enttarnung des falschen Freundes

Überall ist dieses Film vor ausgetauschten Häusern programmiert worden mir ist es aber nur für diese beiden Tage freigegeben, eine Wiederholung kann nicht stattfinden

Für größte Beherheit sorgen die famosen Lustspiele

Tommy sucht seinen Verstand .. 2 Akte Tropenkoller .. 1 Akt

Preise der Plätze bei diesem Programm. 1.10 Mk., 80 und 55 Pf.

Beginn der Vorstellung an beiden Tagen pünktlich 5 Uhr

Gasthof zum Löwen.

Zu unserm am Sonnabend, den 22. Februar 1919

von abends 7 Uhr an stattfindenden

I. BALL

des Vergnügungsvereins „FIDELIO“ laden wir hiermit

ergebenst ein

Der Wirt.

Der Vorstand.

Ferdinand Gresse .. Teuchern

empfehlen:

Kartoffelpressen
Reibemaschinen
Brotschneidemaschinen
Wirtschaftswagen
Taselmwagen
Geldtaschen
Messerföhrbe
Nücheneagären
Handtücherhalter
Garderoberleisten
Stuhlbefest.
Handseger
Kleiderbürsten
Schneurbürsten

Schreibmaschinen
Badformen
Springformen
kleine Küchenschleife
Waschbretter m. Zinkblech
verzinkte Eimer
Emaille-Eimer
Sturmleaternen
verzinkte Badewannen
Fußbadewannen
Ferner in einigen Tagen:
Kaffemöhlen
Wandkaffemöhlen
Reisochtsmaschinen

Wir danken allen herzlich, die uns anlässlich unserer

VERMAEBLUNG

durch Ueberbringung von Glückwünschen u. Geschenken

ehren und erkranten.

Ernst Heinrich und Frau

Anna geb. Grunert.

Runthal, den 15. Febr. 1919.

Dank.

Für die liebevolle Teilnahme beim Begräbnis unserer lieben Tochter, Schwester, Schwägerin und Tante, Mutter ihres Kindes sagen wir allen Freunden und Bekannten für den überaus reichen Blumenschmuck unsern herzlichsten Dank. Besonders nochmals vielen Dank ihren Mitarbeiterinnen und Arbeiterinnen der Munitionsfabrik Wethau für den schönen Palmenzweig u. Geldspende. Dank allen, die die Entschlafene zur letzten Ruhestätte begleiteten.

Die trauernde Familie
Wilhelm Hinniger
nebst Angehörigen.

Ein trauendes Mutterherz hat aufgehört zu schlagen!

Zurückgekehrt vom Grabe meiner lieben unvergesslichen

Frau unsern guten Mutter,

Schwester, Schwägerin und

Tante

Frau Emma Freyer

geb. Helland

sagen wir allen Verwandten

und Bekannten für die reichen

Blumenspenden und Begleitung

zur letzten Ruhestätte unsern herzlichsten

Dank. Besonders Dank

Herrn Pastor Leitzmann für

seine tröstlichen Worte am

Grabe. Dir aber, teure Gattin

und Mutter rufen wir ein

„Habe Dank!“ in die Ewigkeit nach.

Dies zeigt schmerzfüllend an

der tieftrauernden Gatte

und Kinder.

Teuchern, den 15. Febr. 1919.

Stets einfach war Dein Leben

Du dachtest nie an Dich

Nur für die Deinen streben

Hieltest Du als Mutterpflicht

Leicht sei Dir die Erde!

Schreibmaschine, Band und Verlag von Otto Lieferenz Teuchern.

Wöchentliches Anzeigenblatt für Teudern

für Teudern

und Umgebung.



Anzeigenpreis: Die häufigsten Korrespondenz 15 Pf.
Anzeigen in der Geschäftsstelle dieses Blattes, Preisliste 10 bis spätestens vormittags 10 Uhr. Größere und kompliziertere Anzeigen müssen am vorhergehenden Tag in unsere Hände sein.
Kleinere Anzeigen 3 mal, und zwar Montag, Mittwoch und Freitag abends 7 Uhr für den folgenden Tag.

Wortführer Preis: durch unser Geschäftsstelle 1,00 RM. von anderen Seiten aus 1,75 RM und durch den Wortführer 1,74 RM.

Wortführer und monatliche Beiträge werden außer in der Geschäftsstelle, Preisliste 10, auch von unseren Büros und allen Agenten-Kontakten angenommen.

Amliches Verkündigungsblatt für die Stadt Teudern.

Nr. 21.

Dienstag, den 18. Februar 1919.

58. Jahrgang.

Sind wir an die Ostmarkkämpfer.

Nachdem der Grenzschutz Ost der Obersten Heeresleitung übergeben ist, habe ich mit dem heutigen Tage mein Hauptquartier nach dem Osten verlegt. Als ich im August 1914 zum Oberstleutnant der 3. Armee ernannt, im Osten einzutreten, fanden mich schwere Aufgaben bevor. Daß der Kettensystem von Ostmark und Truppen gelang es bei Tannenberg und den Masurischen Seen, unsere Ostmarken vor feindlichem Einfall zu bewahren.

Wenn ich heute nochmals nach dem Osten zurückkehre, um dort im Auftrag der Reichsregierung das Kommando zu führen, so erfüllt mich schwere Sorge um die Zukunft unseres Vaterlandes. Nicht weil wir von der Übermacht unserer Feinde und der Hungerblende verdrängt um Frieden bitten müßten, sondern weil ich unser Volk in sich gespalten und erschöpft im Wollen sehe.

Wenn ich heute nochmals nach dem Osten zurückkehre, um dort im Auftrag der Reichsregierung das Kommando zu führen, so erfüllt mich schwere Sorge um die Zukunft unseres Vaterlandes. Nicht weil wir von der Übermacht unserer Feinde und der Hungerblende verdrängt um Frieden bitten müßten, sondern weil ich unser Volk in sich gespalten und erschöpft im Wollen sehe.

Die treuesten und jungen Kameraden, die ihr zum Schutze der Ostmarken ein Leben einzuweihen entschlossen sind, denkt an die Gefahren vom Jahre 1914! Und ihr, meine alten Kameraden und Mitkämpfer von Tannenberg und den Masurischen Seen, eilt herbei, um mir zu helfen! Mein Appell an Deutschlands Söhne darf nicht ungehört verhallen. Welchen Sinnem ihr seid, ob Bayern, Sachsen, Schweben oder Preußen, welcher Partei ihr angehört, wie sind alle Deutsche! Vergesst, was uns trennen könnte, findet euch wieder zusammen in Liebe zur Heimat, in Selbstachtung, Disziplin und Vertrauen zu euren Führern. v. Hindenburg.

Die Gestaltung des Völkerverbundes.

Uns Schweizer Diplomatenkreise wird mitgeteilt, daß der endgültige Entwurf des Völkerverbundes folgende grundlegenden Bestimmungen enthält:

1. Die technische und politische Leitung des Völkerverbundes wird einem aus sieben Mitgliedern bestehenden Völkerverbund übertragen. Die fünf alliierten Vertragsmächte entsenden je einen Vertreter in diesen Völkerverbund, während die beiden übrigen Mitglieder von den freien Nationen gestellt werden.
2. Die laufenden Geschäfte des Völkerverbundes erledigt das neu zu bildende Sekretariat, dessen leitende Rollen mit dem Völkerverbund vorgeschlagenen geeigneten Persönlichkeiten beauftragt werden.
3. Die von den einzelnen Nationen in den Völkerverbund entsandten, das Sekretariat und das Parlament entsandten Vertrauensleute genießen alle Rechte und Befugnisse der Diplomaten.
4. Alle Mitglieder können bis auf weiteres nur die Staaten in den Völkerverbund eintreten, die aktiv oder passiv am Kampf gegen Deutschland teilgenommen haben. Die Aufnahme der übrigen Mächte ist jedoch möglich, wenn ihr Eintritt von der Völkerverammlung des Völkerverbundes mit zwei Drittel Stimmen Mehrheit genehmigt wird. Als Voraussetzung gilt, daß die Antragsteller sich allen Bestimmungen des Völkerverbundes unterwerfen.
5. Streitigkeiten zwischen zwei oder mehreren Staaten, die nicht durch gegenseitige Verständigung beseitigt werden können, dürfen nicht durch Zwangsmaßnahme ausgetragen, sondern müssen dem Völkerverbund zur Entscheidung vorgelegt werden.

Verlängerung des Waffenstillstandes.

Erzberger klagt an.

Reichsminister Erzberger nahm in der ersten Sitzung der Verhandlungen in Paris über die Verlängerung des Waffenstillstandes das Wort zu folgenden Ausführungen:

Unser Volk hat den Eindruck, daß die Verlängerungen des Waffenstillstandes nur den Zweck haben, uns neue schwere Bedingungen aufzuerlegen und dem Frieden vorzugreifen. So wird der Waffenstillstand eine Quelle des Mißtrauens, des Mißbehagens, ja der Verzweiflung. Damit aber eben die Alliierten dem Völkerverbund den Weg — das deutsche Volk dagegen bemüht sich, ihn abzuschneiden. Bisher tagt die Nationalversammlung, Deutschland besitzt eine demokratisch-parlamentarische Regierung. Sie verfährt und garantiert dem Willen des Volkes, unverzüglich einen bestimmten Friedenszustand herbeizuführen.

Das deutsche Volk hat Ihnen für den Waffenstillstand

übergeben. Deutschlands Alliierte im Westen weit über eine halbe Milliarde Mark haben Sie erhalten. Der Wert der ausgelieferten Kriegsschiffe betrug auf mehr als 1 1/2 Milliarden Mark. Alle die wirtschaftlichen Staatsleistungen haben für 2 1/2 Milliarden Mark Eisenbahnmateriale übergeben. Am 11. Februar waren abgeliefert: 4187 Lokomotiven und 136 398 Wagen.

Die Demobilisierung des Heeres ist durchgeführt. Die Gesamtstärke der vorhandenen Verbände ist so gering, daß ein Wiederaufbau dieser Macht schon wegen ihrer Kleinheit ausgeschlossen ist. Es sind unter Ausnutzung der in Aufstellung begriffenen Freiwilligen rund 200 000 Mann.

d. h. ein Viertel des alten deutschen Heeres. An Werten und Dokumenten sind nach Artikel 19 bereits übergeben worden 778 548 237,12 Mark und 4 171 165 Franken.

Um so mehr bedauere ich, erneut vor aller Welt feststellen zu müssen, daß das Verhalten der alliierten Regierungen dem Geist der Friedenskonferenz nicht immer wiederpricht.



Die Ihre Politik der wirtschaftlichen Ausnutzung der Macht! Seien Sie sich bewußt, daß, wie im Einzelleben auch im Leben der Völker die Gewaltpolitik sich bitter rächt.

Die Bedingungen.

Marshall hat übergeben dem Reichsminister Erzberger folgende Vorschläge zum Zusatzabkommen über die Verlängerung des Waffenstillstandes.

1. Die Deutschen müssen unverzüglich alle Eisenbahnbewegungen gegen die Polen in dem Gebiet von Posen oder in jedem anderen Gebiet aufheben.

Zu diesem Zweck wird ihnen unterlagt, folgende Zonen durch ihre Truppen überfordern zu lassen.

Gegen Süden die Linie: die ehemalige Grenzlinie Ost- und Westpreußen gegen Posen bis zur Weichsel dann westlich der Weichsel die Linie, die über Poldark (südlich von Thorn), Brzoga, Schubin, Gryn, Lipin, Samoschin, Chodziesch (Kolmar), Garmianau, Miala und Wierbaum läuft. Gegen Osten die Linie: Deutsch, Wollstein, Briment, Alia, Poljuno, Rautsch, Traubenberg, Werdorf, Grenz-Weise und Zroschlau; von Zroschlau an die Linie, die über Waldau, Dombrowitz und Rupp läuft und die über dem Zusammenfluß der Malapane erreicht und von diesem Zusammenfluß an die grüne Linie auf beigefärbter Karte.

Auf Grund einer Aussprache, die im Auftrage des Reichsministers Erzberger und des Marshalls Hoß zwischen Generalmajor v. Hammerlein und Generalmajor Bergmann stattfand, erhielt der Artikel 1 folgende endgültige Fassung:

Die Demarkationslinie verläuft folgendermaßen nach der Lagerkarte der Obersten Heeresleitung vom 6. Februar:

Von der russischen Grenze bei Lützenfelde auf einer Linie, die über westlich Wulfenfelde, westlich Groß-Rendorf, südlich Brzoga, nordlich Schubin, nordlich Gryn, südlich Samoschin, südlich Chodziesch, südlich

nordlich Garmianau, westlich Miala, westlich Wierbaum, westlich Deutsch, westlich Wollstein, nordlich Alia, und nordlich Wierudow (Eichenborn) bis zur südlichen Grenzlinie Ost- und Westpreußen an der Weichsel hin zu heute in unserer Hand. Die Regelung in dem so unklaren Gebiet wird in den Waffenstillstandsbedingungen nicht vereinbart. Diese Frage bleibt offen, da tatsächlich festgestellt ist, daß es sich hier nur um eine provisorische Abmachung handelt, welche dem Friedensvertrag in keiner Weise vorgreift. Der Schutz der Deutschen in diesem Gebiet wird von einer internationalen Kommission in Erfahrung gebracht.

2. Der durch die Abkommen vom 13. Dezember 1918 und vom 16. Januar 1919 bis 17. Februar 1919 verlängerte Waffenstillstand vom 11. November 1918 wird neuerdings für eine unbestimmte Zeitdauer verlängert, wobei die alliierten und assoziierten Mächte sich das Recht vorbehalten, mit einer Frist von drei Tagen zu kündigen.

3. Die Einführungen der Bedingungen des Abkommens vom 11. November 1918 und der Zusatzabkommens vom 13. Dezember 1918 und 16. Januar 1919, soweit dieselben derzeit noch unvollständig durchgeführt sind, wird fortgesetzt und in der Zeit der Verlängerung des Waffenstillstandes zu den von der internationalen permanenten Waffenstillstandskommission nach den Bedingungen des Oberkommandos der Alliierten festgelegten Einzelbestimmungen zum Abschluß geführt werden.

Nationalversammlung.

Graf Brockdorff über den Frieden.

Am Freitag fand zunächst die Wahl des Präsidenten für den neuen seiner Wahlung in die Regierung zurückgetretenen Dr. David Hall. Graf Brockdorff wurde gewählt. Graf Brockdorff erklärte, er nehme die Wahl an und werde beachtet sein, mit strengem Nachdruck im Interesse des Landes zu wirken, aber auch Ordnung und Würde zu wahren. Am Abendpräsidenten wurde Schulz (Hirschfeld) mit 270 von 321 abgegebenen Stimmen gewählt.

Darauf hielt der Minister des Auswärtigen Graf Brockdorff eine Rede, worin er erklärte: Ihre Wahlung gibt mir das Recht und die Pflicht, Ihnen Neudank zu sagen für die Wendungen, nach denen ich Außenpolitik im Rahmen allgemeiner Regierungsprinzipien zu führen gedenke. Ich kann die Aufgabe der deutschen Regierung in zwei Gruppen zusammenfassen: Vertiefung des Kriegszustandes und Herstellung normaler Beziehungen zur Völkergemeinschaft. Deutschland freiwillige Entsaufung hat die Feinde nicht milder gestimmt. Verhandlungen verhalten sie im Waffenstillstand fragen zu regeln, die ungenutzten zu den Gegenständen des Friedensschlusses werden. Ich habe alle Schritte zurückgenommen und werde es auch tun. Deutschland hat die Folgen seiner Niederlage auf sich genommen und ist entschlossen, die gegebenen vereinbarten Bedingungen zu halten. Diese bedeuten die völlige Abkehr von den politischen Zielen des früheren Deutschlands, zur Befriedung unserer Souveränität, zur friedlichen Unterwerfung unserer Differenzen mit anderen Staaten unter die allgemeine Schiedsgerichtsbarkeit und Verzicht auf Rüstungen.

Wie sind zur Erfüllung bereit, wenn die bisherigen Gegner und Feinde sich den gleichen Bedingungen unterwerfen. Wie erkennen an, daß die Erfüllung, die Deutschland von den Siegermächten in diesen beiden grundlegenden Fragen einmütig eine historische Schuld in sich selbst, wofür unser ganzes Volk jetzt büßen muß. Dieses Bekenntnis schließt aber keineswegs das Zugeständnis ein, daß Deutschland im Sinne der höchsten Wertungen allein den Frieden zu schaffen habe. Wir haben deshalb seit an den alliierten Verhandlungen, daß dem Sieger keine Kriegsgewinne zu bezahlen, seine Gebiete abzugeben sind. Wenn wir in von uns besetzt gemessenen Gebieten Herdorns wieder aufbauen, so wollen wir dies durch unsere freie Arbeit tun, verwenden uns aber dagegen, daß man unsere Kriegsgelangenheiten als Lasten verzeichnen läßt. Auf die Zustände, daß unsere Gegner den Sieg zu übernehmend großen Teil nicht militärisch sondern wirtschaftlicher Kriegszustand, verstanden, folgt, daß der Friede nicht nur ein politischer, sondern auch ein wirtschaftlicher sein muß, ein auch zur zeitweiligen Differenzierung Deutschlands in Handel und Verkehr für uns unannehmbar. Allerdings müssen wir auch in der Handelspolitik unterliegen, das gleich unabhängig von der zum Teil einseitig unvorteilhaften Belegung des auswärtigen Dienstes.

Ich benötige deshalb mehr als bisher erprobte Praktiker in auswärtigen Dienst einzustellen. Die Voraussetzung für die Durchführung der wichtigsten Punkte von Wilsons Programm ist. Sollte man Deutschland zwingen ohne Handelsnote in den Völkerverbund einzutreten, so bedeutet das die gravitante Umkehrung unseres Wirtschaftens und die Beendigung des allgemeinen Friedens. Genötvungung Deutschlands ohne Kolonien in den Völkerverbund eintreten. Bitte können dem Gedanken einer internationalen Kontrolle der Exporteinfuhr unter der Voraussetzung zu, daß alle Kolonialmächte ihr unterwerfen und Deutschland an der Verwaltung und den Erzeugnissen der Kolonien angegliedert werden.

Im zweiten Teil seiner Rede sprach er unter anderem aus:

Der französische Plan, das preussische Saargebiet oder die Ruhr an Belgien abzugeben, bedeutet eine imperialistische Vorgehensweise, die genau so falsch beurteilt werden muß, wie frühere Vorschläge deutscher Chauvinisten auf das Reden von Longwy und Brieg. (Sehr richtig!) Sie wissen, welche Gedanken von Frankreich und Belgien hier mit verdächtigen Eifer in Verbindung und wirtschaftlichen Sünden verknüpft werden. Erringung eines selbständigen Republik, die bald unter französischer Führung geraten würde, nachdem die französischen und belgischen Grenzen in deutsches Land vorgeschoben worden wären. Davor möchte ich im Interesse des